Ressort: Politik

SPD will Betreuungsgeld mit Klage in Karlsruhe verhindern

Berlin, 04.11.2012, 16:34 Uhr

GDN - Unmittelbar vor dem Treffen des Koalitionsausschusses hat die SPD eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Betreuungsgeld angekündigt. "Die SPD wird alle politischen und rechtlichen Mittel nutzen, das Betreuungsgeld zu verhindern. Sollte das Gesetz jemals verabschiedet werden, wird die SPD umgehend Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben", sagte Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, der "Welt".

Das Betreuungsgeld sei "unsinnig, ungerecht und unerwünscht". Es diene "allein dazu, innerhalb der Koalition für ein bisschen Frieden zu sorgen". Oppermann sagte weiter: "Die hausbackenen Befindlichkeiten der CSU dürfen aber nicht Maßstab der Regierung sein." Immer, wenn sich der Koalitionsausschuss treffe, werde "überdeutlich, wie schlecht diese Koalition Deutschland regiert", sagte der SPD-Politiker. "Die Koalition hat keine Linie und kein Ziel. Es ist kein Wunder, dass Kanzlerin Merkel kein Interesse an Treffen des Koalitionsausschusses hat und dieser so selten zusammentritt."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-1723/spd-will-betreuungsgeld-mit-klage-in-karlsruhe-verhindern.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619